**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 20 (1940-1941)

**Heft:** 11

Rubrik: Politische Rundschau

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 26.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Politische Kundschau

## Zur Lage.

Die innerpolitische Entwidlung der Gidgenoffenschaft hat im Laufe bes Monats Januar 1941 verschiedene bedeutsame Ereignisse gebracht, die durchwegs als das Ergebnis der mit zunehmender und ebenso unerbittlicher Schärfe sich abzeichnenden Einflüsse der Kriegsentwicklung anzusprechen sind. Da wäre an wichtigster Stelle zu erwähnen die Ginleitung und erste Rampfentwicklung ber von herrn Dr. Wahlen nicht nur angeregten, sondern mit gesteigerter Entschlossenheit vertretenen "Anbauschlacht". Heute ist dieser Kampf längst zum offiziellen Programmpunkt bes Gidgenöffischen Bolkswirtschaftsdepartements erhoben worben, nachdem herr Bundesrat Stampfli noch in der Dezemberseffion ben "Plan Bahlen" gewissermaßen als persönliche Angelegenheit seines Berfassers zu apostrophieren beliebt und damit eine spurbare Distanzierung für richtig befunden hatte. Auch hier scheint wieder einmal erst das Volt in seiner begeisterten Aufnahmebereitschaft und burch bieje bem Bundegrat ben nötigen "Stupf" gegeben zu haben - es hat also die Funktion jener echt demokratischen Bagenschmiere erst den Karren in Gang gebracht, die zu den unerläßlichen Requisiten eidgenössisch-staatsmännischer Produktion zu gehören scheint.

Gleichermaßen als direkte Folge zunehmenden Kriegsdruckes sind die folsgenden drei Etappen auf dem Wege der eidgenöfsischen Politik zu werten:

1. Am 15. Januar erging der Beschluß des Bundesrates, die französischen Internierten, im Einverständnis mit der deutschen und der französischen Regierung, heimzusch affen, mit Einschluß der von Frankreich dringend benötigten Pferde, unter Ausschluß aber des Kriegsmaterials, dessen direkte Aberweisung an Deutschland auf Grund einer Bereinbarung zwischen den Trägern des Wassenstillstandes verfügt wurde. Dagegen bleiben die polnischen Insternierten im Lande — jedoch ohne ihr Material. Heftige Ansgriffe auf Bundesrat Pilet, die hauptsächlich von Linksseiten, mit bessonders geschärfter Klinge aber von einer neuen illustrierten Tageszeitung geführt wurden, waren die Folge. Es bedurfte

— "ach man will auch hier schon wieder nicht so wie die Geistlichkeit" —

der Erhebung des Befehlsstabes in der Berner Luisenstraße, um die unangenehme Polemit zum Schweigen zu bringen.

In erster Linie nun mußte "das Bolt" aus der amtlichen Mitteilung des Bundeshauses ersahren, daß die direkt beteiligten Träger des Waffenstillstandes sich schon Mitte November über die Repratriierung der französischen Internierten geeinigt hatten. Dem Leser mußte diese Kundgade recht erstaunlich erscheinen; weniger erstaunlich allerdings erschien die zweimonatige Zwischenpause aus der Perspettive der ziemlich hartnäckigen Verhandlungen, die tatsächlich diese Zeit wohl ausgefüllt hatten. Die Schweiz hatte nämlich verlangt, daß auch die polnischen Internierten mitübernommen würden, und zwar mit der Begründung, es sci von uns eine geschlossene französische Heereseinheit, nämlich das 45. Armeekorph, als solche übernommen worden; dessen Zusammensehung aber

könne die Schweiz nicht berühren. Trothem diese Auffassung entschlossen und, wie aus der zweimonatigen Berhandlungszeit ersichtlich, auch hartnäckig vertreten wurde, sind wir leider mit ihr nicht durchgedrungen.

Bas nun ben hauptsächlichsten Anstoß in ber Offentlichkeit bilbete, nämlich die direkte Auslieferung des Materials — und zwar allen Materials, also auch des von den polnischen Truppen mitgeführten, an Deutschland so stütte sich der Bundesrat bei dieser Magnahme auf juristische Gutachten, welche bieses Borgeben als im Ginklang mit unseren Pflichten als neutraler Staat stebend erklärten. hier setten die scharfen Angriffe gegen herrn Bilet ein; daß als Spikenvertreterin in der Attacke jene "Illustrierte" erschien, war besonders pikant hatte man doch, aus gewissen Renntnissen, von dieser Seite bas gerade Gegenteil erwartet! Leider gingen gewisse Angriffe recht weit; aber sie fanden fruchtbaren Boden bis in rechtsbürgerliche Blätter hinein. Um Ende blieb - jo ober jo - ein etwas bitterer Nachgeschmad. Weshalb hatte man übrigens die auswärtige Rommission des Nationalrates und die Bollmachtentom= mission nicht vorgängig einberufen, obwohl diese unmittelbar darauf zusammentreten konnten? Liegt ber Grund vielleicht barin, daß es, wie man hört, mit ber Distretion in diesen parlamentarischen Kommissionen nicht zum Besten bestellt ist?

Berteidiger sind eigentlich herrn Bilet nur fehr wenige erstanden, und auch diese hielten sich eher im Bereich einer sehr spürbaren Reserviertheit; aber einer machte hier eine Ausnahme, und es war nicht der erfte Befte: Um 24. Januar erschien im Luzerner "Baterland" unter der massiven Aberschrift: "Ein Standa I" eine scharfe Attacke gegen die Kritiker des Herrn Pilet; es war ein eigentlicher Husarenritt, und der Reiter entsesselte sein angestammtes und nicht umzubringendes Temperament wie ein Junger; und doch war es der Nestor des Nationalrates, Berr Dr. Beinrich Balther, ber diesen Auffat ichrieb. In Bielem wird man seinem Berfasser ohne weiteres beizustimmen haben; tatsächlich sind gar zu viele Leute heute bereits wieder so weit, daß sie es nicht mehr fertig bringen, unsere Lage inmitten eines von den Achsenmächten beherrschten Kontinents mit klaren Augen zu erkennen und die Folgerungen baraus zu ziehen, ohne bann gleichzeitig befaitistischen Anwandlungen zu verfallen. Wenn der Berfasser bes Auffațes herrn Bundesrat Bilet in Schut nahm, fo geschah bies, wie man spurte, freilich auch nicht gang ohne jeden Borbehalt; allein mit der Brandmarfung gerade der Haltung der sozialdemokratischen Presse verlich er feinen Ausführungen zweifellos das breite Gefälle zum Grundfählichen bin; so wenn er unumwunden erklärte, daß diese Borgange die Lösung des eigentlichen Grundproblems der friegsbedingten eidgenöffischen Politik nicht zu erleichtern vermöchten, nämlich das Problem der sogialdemokratischen Beteiligung an der Bundesregierung; und doch enthielt gerade dieser grundsätliche Teil wieder einen Sat. der, aus der Feder des alten katholisch-konservativen Rämpfers und ersten Renners ber eidgenöffischen Staatsnotwendigkeiten gefloffen, besondere Beachtung verdient:

"Sicher sprechen manche Gründe für eine solche Beteiligung und es gibt manche geistig führende Sozialisten, wie Grimm, Klöti, Nobs, Jlg, Marbach u. a., beren Mitarbeit wertvoll sein dürfte".

Aber — so schloß ber trot aller Schärfe ber Formulierung nachdenkliche Aufsatz — erst wenn die anderen sozialistischen Prätorianer sich umstellen würden, wäre ber Befähigungsausweis zur Beteiligung erbracht. — Damit aber

kommen wir zur zweiten wichtigen Ctappe eidgenössischer Politik im Rahmen dieses Berichtes.

2. Am 15. und 16. Januar tagte die Bollmachtenkommiffion des National= rates zur Behandlung der sozialdemokratischen Initiative auf Ermeiterung und Bolksmahl der Bundesrates. Zwar lehnte sie die Initiative mit 18 zu 6 Stimmen ab, aber mit 17 zu 7 Stimmen sprach sie sich grundfäplich zugunften eines Gegenvorschlages aus, ber, im Benehmen mit dem Cidgenöffischen Juftig- und Polizeidepartement, fo rechtzeitig fertiggestellt und dem Bundegrat zur Behandlung und Entscheidung zugeleitet werden foll, daß er in ber Märzsession ber eidgenössischen Rate gur Beratung und Abstimmung tommen tann. Je nach bem Ergebnis waren Initiative und Wegenvorschlag, refp. die Initiative allein dem Bolfe und den Ständen zu unterbreiten; wenigstens darüber besteht unter Unhängern und Gegnern ber Erweiterung bes Bundesrates Ginftimmigfeit, daß bieje grundjägliche Frage bem Boltsentich eid unter feinen Umständen entzogen werden foll. Rurg vor diefer Entscheidung der Bollmachten= kommission hatte sich der Bundesrat — und zwar in einem durch zwei neue Mitglieder veränderten Gremium - erneut auf feine bereits lettes Frühjahr eingenommene ablehnende Saltung - nicht nur gegenüber der Bolksmahl, fondern auch gegenüber ber Erweiterung des Bundesrates - festgelegt. Die Frage ift nur, wie schwer, unter den gegebenen personellen Umftanden, diese "Festlegung" am Ende ins Gewicht fallen wird!

Der neue Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Herr von Steiger, ift, wie wir richtig zu vermuten glauben, jedenfalls ein ent= ichiedener Unhänger ber Beteiligung ber Sozialbemofraten an ber Landesregierung — ob er auch Unhänger der Erweiterung des Bundesrates ift, bleibe dahingestellt. Berade diese Differenzierung aber sollte enblich gegenüber steten Berwischungsversuchen deutlich festgehalten werden. Die Presse icheint nämlich in ihrer Mehrheit Beteiligung und Erweiterung für siamesische Zwillinge zu halten. Bu Unrecht. Nähme man, wie herr heinrich Balther dies wohl zu tun scheint, grundsätlich den Standpunkt ein, eine Bertretung der größten ichweizerischen Partei in der Bundegregierung fei wohl angesichts der entscheidenden Umstände und des umfassenden Charatters ber bem Lande in allen feinen Burgern gestellten Aufgaben, unter gewissen klar festgelegten Borbedingungen zu recht= fertigen, -- nahme man, weitergebend, ben Standpunkt ein, biefe Beteiligung fei aus staatspolitischen Ermägungen direkt zu fordern - auch diefer Standpunkt läßt sich heute vertreten - jo ift noch lange nicht gesagt, daß beswegen die Bahl ber Bundesrate erweitert werden mußte. Bur Beit ftellt ber Freifinn, der langft nicht mehr Mehrheitspartei ift, vier Bundesräte, mahrend die Ratholijch-Ronfervativen deren zwei, die Bauern einen stellen. Die Lösung ließe sich wohl benten, daß der Freisinn vorerst auf einen Sit verzichtete, um damit jene "Große Roalition" zu ermöglichen, die ja gerade aus seinen Kreisen mit beson= berer Eindringlichkeit geforbert wirb. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang baran, daß auch mahrend bes Weltkrieges, in den Jahren 1916 bis 1918, das Problem der Erweiterung des Bundesrates zur Debatte ge= standen hat; eine Initiative der Welschen, die übrigens, soweit bürgerlich, heute die schärfsten Gegner ber Erweiterung sind, suchte damals auf diesem Bege eine ftarfere Bertretung für die romanische Schweiz zu erreichen; im Märg 1918 wurde der welsche Antrag, nachdem er vordem vom Ständerat gutgeheißen worden war, vom Nationalrat mit 72 zu 52 Stimmen abgelehnt und das Problem damit erledigt, nachdem inzwischen die Belschen durch die Berufung des Herrn Ador eine relative Befriedigung der von ihnen geltend gemachten Anssprüche erlangt hatten.

3. Um 31. Sanuar erging ber Beichluß bes Bunbegrates, eine "Berbinbungsftelle für bas Preffemefen" ins Leben zu rufen. Der Beichluß erfolgte, nachdem erft bas Borfelb im Benehmen mit ben Berufsorganisationen ber Presse und ber Zeitungsverleger bereinigt worden war. In dieser Bereinigung liegt die interessante und bei der ganzen Angelegenheit ausschlaggebende Borgeichichte ber neuen Ginrichtung, beren Trager nicht Bundesbeamter fein wird und bie ihrem Charafter nach feinesfalls als "Bundesamt" angesehen werden barf. Es ift dies einer der entscheidenden Buntte in einer Entwidlung, die der Offentlichfeit zu einem großen Teile erft nachträglich andeutungsweise bekannt geworben ift. Der Bundesrat hatte ursprünglich beabsichtigt, ein "Breifeamt" gu ichaffen. Rritische Leute hatten ihm die Absicht einer "Dirigierung" ber Breffe unterschoben. Dieses "Presseamt" ist bereits wieder begraben, bevor es sich nur richtig erheben konnte — und das ist gut so. Denn die Freiheit ber Breffe, zweifellos einer der wichtigften Bfeiler im Aufbau bes bemofratischen Bolfsstaates, unterliegt bereits icharfen friegsbedingten Ginschränkungen. Nun ist zwar zugegebenermagen mit biefem wertvollen But unserer staatlichen Existenz viel Migbrauch getrieben worden; allein es mare im vitalen Interesse bes Landes verfehlt, aus folden Migbrauchen weitere Ginichrantungen im Grundfat abzuleiten. Berade gu Beiten, wo die Berbindung zwischen den Behörden und dem Bolk, wo zumal das gegenseis tige Berftandnis oftmals zu fehlen icheint, barf bie Preffe niemals zum blogen Organ behördlicher Allwissenheit herabgewürdigt werden; sie muß vielmehr im Gegenteil ihre Funktion als Bentil der Bolksstimmung mit ihren Fluktuationen frei erfüllen können. Nähme man ihr diese notwendige, dem demokratischen Bolksstaat organische Funttion - gesteigerte Unguträglichkeiten im Leben dieses demotratischen Boltsstaates, den tein verantwortungsbewußter Schweizer jemals anzutaften gewillt fein mag, ichwere Schaden an feinem Bestande maren die Folge. Inwieweit nun der Bundesrat mit der Schaffung eines "Presseamtes" eine noch verstärkte Leitung der Presse beabsichtigt hatte, sei hier nicht naber untersucht; allein es bestand unter ber Einwirkung gemiffer Ginfluffe zweifellos die Gefahr, daß die bereits bestehende - und zu Recht bestehende! - militärische und neutralitätspolitische Pressetontrolle auf die öffentlichen Auseinandersetungen über interne schweizerische Angelegenheiten ausgedehnt werden könnte. Einer solchen Absicht mußte, wo sie bestanden hat, entgegengetreten werden; benn aus einer folchen Magnahme hatte ein Schaden entstehen können, der in feiner inneren Bebeutung felbst gelegentliche scharfe Migbrauche einzelner Presseorgane weit übertroffen, feinem folden Migbrauch in feiner Birtung überhaupt nur hatte bergleichbar fein können. Budem hatte folche Magnahme die Gefahr mit fich gebracht, bağ ber Bunbegrat vor bem Augland am Ende mit ber Berantwortung für alles belastet worden wäre, was in unseren allein über vierhundert Tageszeitungen enthalten sein konnte.

Diese Gefahr ist abgewendet. Nach den Auftlärungen, welche der Chef bes Eidgenössischen Departements des Innern, Herr Bundesrat Etter, gegeben hat,

bezweckt die neue Stelle ausschließlich die Intensivierung der Berbindung zwischen Regierung und Presse. Die Presse selbst soll "aus dem Bundeshaus und aus allen Berwaltungsstellen des Bunde rasch, richtig und in ausreichendem Maße informiert werden"

und die Regierung ihrerseits foll in der Lage sein,

"die Presse vertrauensvoll, periodisch und ständig über die gesamte Atmossphäre, über die politische, wirtschaftliche und moralische Situation aufzustären und sie dadurch in Stand zu setzen, die einzelnen Maßnahmen aus dieser Gesamtschau heraus richtig zu interpretieren und zu kommentieren".

Bu diesem Zwecke soll der Kontakt zwischen den Mitgliedern der Landesregierung und den Vertretern der Presse gesördert werden. Die Verbindungsstelle soll das Bindeglied sein. Sie ist selbst nicht publizistisch tätig und sie wird an die Presse keine verbindlichen Weisungen zu erteilen haben. Wie sie demnach einerseits durch verschiedene Mittel die Presse ständig informiert, so nimmt sie anderseits

"seitens der Presse Anregungen entgegen, die geeignet sein können, die Regierung und die Berwaltung zu organisieren, Berbesserungen im Inspormationsdienst herbeizuführen oder durch entsprechende Maßnahmen die moralische Widerstandskraft des Volkes zu stärken".

Dergestalt ist nach langen Verhandlungen eine begrüßenswerte Einrichtung mit der Zweckbestimmung "Berbindung und Orientierung" geschaffen worden, deren Aufgaben im einzelnen noch in der Form eines Pflichten heftes näher umschrieben werden sollen. Daß aber bereits heute alle Voraussetungen für eine zweckmäßige und damit befriedigende Funktion der neuen Stelle gegeben sind, dasür bürgt die begrüßens werte personelle Besetung dieser Stelle: Herr Dr. Max Nef verdient das uneingeschränkte Vertrauen aller, die Entwickslung und Lösung dieser Frage ausmerksam und in ernster Berücksichtigung der inneren und äußeren Aspekte versolgt haben.

\* . \*

Dem Monat Januar 1941 wird es wohl beschieden sein, in der Gesschichte des gegenwärtigen Krieges einen besonders beachteten Plat einzunehmen. Wenn wir einst, nach Abschluß dieses Krieges, seine einzelnen Etappen betrachten werden und versucht sein mögen, sie zu würdigen, dann wird der vergangene Monat in dieser Betrachtung eine besondere Bedeutung beanspruchen als eine letzte oder vorletzte Zeitspanne der intensivsten militärischen, polistisch en und dipsomatischen Vorbereitungen, die der Stunde der Entscheidung voranging.

Allein schon heute, mitten in einem Status täglich gesteigerter Spannung, wo wir unsere Betrachtungen naturgemäß nur anstellen können aus der Perspektive dessen, der, täglich näher kommend, das große Ungewisse erwartet, wird uns die Bedeutung des Januar 1941 klar. Und in der Reihe der mannigsachen Ereignisse dieses Monats erhebt sich als das entscheidende, vielleicht aber auch als das entscheidende des ganzen Krieges die mit rasender Beschleunigung intensivierte Entwicklung der Bereinigten Staaten in der Richtung auf den Kriegseintritt.

Am 6. Januar erging die Botschaft des Präsidenten an den Kongreß, welche das Maximum der praktisch möglichen Silfeleistung an Groß-

britannien postulierte; jum ersten Mal murbe hier - burch ben Untrag auf Bermendung amerikanischer Rriegs- und Sandelsichiffe in den gesperrten Bonen bes englischen Inselmeeres - bas Risito der diretten Rriegsbeteiligung eingegangen. Um 8. Januar feste der Brafident die Flotte ber Bereinigten Staaten auf Rriegszustand; am 10. Januar traf - ein Novum in der diplomatischen Geschichte - als personlicher Emissär bes Prafidenten, außer der Reihe eines ordentlichen Botichafters, Berr Sopfins in London ein, der in der Folge und bis heute in seiner Saltung und in seinen Außerungen die völlige Parallelichaltung mit dem friegführenden Land fundgab. Um 15. Januar begannen vor den Unsichuffen bes amerikanischen Rongresses in beutlich vorbereiteter Steigerung die Ginvernahmen ber amerifanischen Staatsmänner, die von Sull über Stimson und Bullit zu den aufsehenerregenden Außerungen bes Marineministers Knog ber letten Tage überleiteten. Dazwischen erstaunte ber ehemalige Londoner Botichafter Rennedh durch eine feltsame Banblungsfähigfeit in ber Richtung auf bie Buniche bes Brafibenten, während anderseits alles getan wurde, um nachträglich die sensationellen Erklärungen des Rriegsgegners Lindbergh vom 23. Januar in der Erinnerung und im Gindruck zu verwischen. Wie ein feltener Chrengaft murde ber neue britische Botschafter Lord Salifar auf dem eigens hergerüsteten neuen britischen Rriegsschiff von Roosevelt perfonlich empfangen - ebenfalls ein Novum in der diplomatischen Geschichte - mahrend Berr Billfie vom 26. 3anuar weg bis diefer Tage London und die Berftorungen im Lande besichtigte und von der haltung ber englischen Bevölferung aufs Tieffte beeindrudt ericbien. (Reise und haltung Billfies machen übrigens gang ben Ginbrud einer Aftion pro domo: burch seine gefällige Reise hofft sich der Republikaner Billkie wohl in der Meinung des amerikanischen Bolkes einen benkbar guten Plat zu sichern für ben Tag, an bem Roofevelt gurudtreten follte ober feine Umtsgeit abgelaufen fein wirb.)

Inzwischen verstärkt sich die diplomatische Unterstützung, welche die Bereinigten Staaten Großbritannien gewähren, zusehends. Hier ist zu versmerken die Reise des amerikanischen Obersten Donovan nach dem Balkan; nichts hätte übrigens dem Reisenden den einsachswirklichen Charakter dieser südeuropäischen Gesilde plastischer und eindrücklicher machen können als das Mißgeschick mit der Brieftasche, die ihm in jener Gegend "abhanden" kam. In derselben Richtung wie diese Reise wirkt der Einsluß des amerikanische Botschen Botschen Entwicklungen der verzweiselten französischen Politik der letzten Wochen und Tage leicht erkennbar.

Die britische Kriegspolitik ihrerseits tut alles, um die ameristanischen Entschlüssern. Die immer schärfere und umfassendere Aktivität in Nords und neuerdings auch in Ostafrika bezweckt nicht nur die allmähliche Gewichtsverminderung des immer deutlicher schwächeren Teiles der Achse — mit dem letzen Ziel seiner Ausschaltung —, sondern sie dient auch gegenüber den Bereinigten Staaten und den dort maßgebenden Kreisen als Beweissfür die ungebrochene Vitalität Großbritanniens und für den Zusammens halt des Empire, der deutlich in der Beteiligung zahlreicher Empires Truppen bei den afrikanischen Aktionen zutage tritt. Das Einsgreisen der deutschen Lustwaffe hat übrigens den Fortgang der britischen Ersolge in diesen Bezirken bis heute nicht ernstlich zu behindern vermocht. Zwar erlitt die britische Flotte bei dem Angriff vom 10. Fanuar im

Kanal von Sizilien beträchtliche Verluste. Allein auch die deutschen Versluste an Flugzeugen scheinen dabei nicht unerheblich gewesen zu sein, ja den Erfolg zu einem gewissen Grade kompensiert zu haben, wozu auch die wiederholten bristischen Luftangriffe auf Catania, den deutschen Luftstützunkt in Sizilien vom 12./13., 20./21., 23./24. und 27./28 Januar beigetragen haben dürften. Wiederholt erfolgten deutsche Angriffe auf Malta. Eine erfolgreiche Aktion gegen britische Geseitzüge im Mittelmeer war seit dem 10. Januar nicht mehr festzustellen; man wird die weitere Entwicklung dieser zweisellos für England wichtigen Probleme abzuwarten haben.

Am 5. Januar wurde Barbia eingenommen, am 22. fiel Tobruk, am 30. Derna; die Zahl der Gefangenen hat sich beträchtlich erhöht und der weitere Angriff auf Benghasi schreitet vorwärts; die britische Flotte hat inswischen, zumal in Tobruk, einen wertvollen Stüppunkt gewonnen.

Mit der Wiederbesetung von Kassala im Suban und einiger Punkte der Renha-Grenze wurden zur Mitte des Monats die Aktionen in Ostafrika eingeleitet, die dem Anschein nach als lettes Ziel die Bertreibung der Italiener aus Abessinien bezwecken. Hierauf deutet auch die theatralische Besörderung des Negus auf den Limes seiner angestammten Gesilde hin. Durch die Bessetung der äußeren Punkte der erythräischen Bahn und die Annäherung an Asmara und Massaua sind die vereinigten Truppen des Empire diesem Ziel bereits näher gerückt.

Auf dem albanischen Kriegsschauplat hat sich die Lage trotz zahlreicher heftiger Gegenangriffe seitens der Italiener, die zum Teil auch aus Rom bestätigt wurden, und in die man dort anscheinend gewisse Hoffnungen gesett hat, nicht wesentlich verändert. Dagegen bedeutet der Tod des griechischen Diktators Metaxas ohne Zweisel eine schwere Belastung der griechischen Sache, die sich besonders bei gelegentlichen Rückschlägen bemerkbar machen dürste. Underseits sind durch den ausgedehnten Aufenthalt des Generals Wavell in Griechen land die Beziehungen zu Großbritannien wohl verengert worden. Nicht ohne Bedeutung sind im übrigen die Generalstable sprechungen zwischen. Dich en britischen und türkischen Offizieren, die 10 Tage dauerten, verschiedene Besichtigungen umfaßten und mit einem ziemlich deutlichen amtlichen türksischen Comunniqué am 23. Januar abgeschlossen wurden.

Läßt sich bennach auf der britisch-amerikanischen Seite größte Aktivität im Hindlick auf die kommende Entscheidung feststellen, so sind die Mächte der Ach se auch ihrerseits nicht müßig gewesen. Inwieweit diese Aktivität diplomatisch-politischer Natur ist, indem sie sich zum Beispiel auf dem Balkan den vereinigten britisch-amerikanischen Bestrebungen entgegenstellt, bleibt einstweilen unabgeklärt; die am 8. Januar abgeschlossene Reise des bulgarischen Ministerpräsidenten Filoss nach Bien scheint in ihrer Bedeutung eher übertrieben worden zu sein, während andererseits als bemerkenswert das Communiqué der amtlichen russischen verdent, in dem mit Bezug auf Gerüchte über deutsche Durch marsch ab sich ten gegenüber Bulgarien hen sestient, in dem mit Bezug auf Gerüchte über deutsche Durch marsch ab sich ten gegenüber Bulgarien sestient wurde, daß solche Pläne, wenn sie bestünden, "ohne Wissen und ohne Zustimmung der Sowjetunion" gesaßt worden wären. Hier tauchte wieder, wie immer im östlichen diplomatisch-politischen Spiel der Achse, die unbekannte Größe Rußland auf.

Allein die Attivität des deutscheitalienischen Bundes bewegt sich allem Anschein: nach in ber hauptsache im Bereiche einer maffiven Ruftung mit bem absoluten Schwergewicht Deutschland. Chronologisch ware aus dem Bereiche ber Achse. zu vermerten die Zusammenkunft Mussolini= Sitler vom 20. Ja= nuar, bei ber als bemerkenswert festgehalten werben muß, bag fie in Berchtesgaben stattsand. Am 21. Januar und in den folgenden Tagen erfolgten Er-Närungen bes japanischen Außenministers Matsuota über bie-Bebundenheit Japans an den Dreimächtepatt mit verschiedenen Formulierungen, bie sich nicht immer durch besondere Klarheit auszeichneten. Am 28. Januar sprach Großabmiral Raeber zum ersten Mal von ber Berstärkung bes Unterseebootkrieges, während als Höhepunkt die Rede Hitlers vom 30. Fanuar mit einer Berdeutlichung gerade dieses Aspektes hervorgehoben zu werden verdient. Bemerkenswert an bieser Rede war weiterhin eine erste oratorische Gegenaktion zu den intensivierten amerikanischen Bestrebungen in der Richtung auf den Kriegseintritt: die Feststellung, daß auch amerikanische Kriegs- und Handelsschiffe in der Sperrzone um Großbritannien den Angriffen der deutschen Unterseeboote ausgesett sein murben. Inzwischen hatte, um ben 20. Januar, ein beutschameritanischer Flaggenzwischenfall in San Francisco bereits. zur weiteren Berschärfung der gegenseitigen Beziehungen beigetragen — eine Berschärfung, die nun auch — nach bisher gewahrter völliger Zurückhaltung — in der deutschen Presse mit allem Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden ist.

\* \*

Es sind uns dieser Tage Informationen von gut unterrichteter Seite zugegangen, die über die Beurteilung der weiteren Entwicklung durch objektive deutsche Stellen ungefähr das folgende Bild ergeben:

Deutschland hat vor allem im Ausbau der Unterseebootwaffe jo Bedeutendes geleistet, daß hier kriegsentscheidende Ergebnisse erwartet werden konnen. Seit Monaten wird auf gahlreichen Berften an der Rüftung der Unterseebootwaffe unablässig gearbeitet, auch auf den Werften der französischen atlantischen Rufte. In den vergangenen Wochen ist der Ginfat der Unterseebootwaffe mit Absicht zuruckgehalten worden, woraus sich die Berminderung der britischen Schiffsverlufte erklart. Der Ginfat Diefer gesamten Baffe fteht. für das Frühjahr in einem ungeahnten Ausmaß bevor und unsere durchaus objektiven beutschen Informatoren erwarten bavon, in Berbindung mit der ebenfalls weiter ausgebauten Luftwaffe, eine annähernd völlige Absperrung Englands von seinen Zufuhren und damit die Entscheibung bes Rrieges. Durch diese Magnahmen foll jede ameritanische Hilfe unterbunden werden. Nach den Be= richten wäre die Invasionsabsicht vorerst zurückgestellt und würde nur als ultima ratio geplant, wenn der Unterseebootskrieg, burchaus wider Erwarten, nicht zum Ziele führen follte.

Gelänge dagegen Deutschland keines von beiben im Lause der kommenden Mosnate, so müßte allerdings die zukünstige Entwicklung auch vom deutschen Standspunkt aus skeptisch beurteilt werden. Soweit der deutsche Bericht zur deutschsenglischen Lage.

Was das frangösische Problem betrifft, das sich inzwischen rapidzuzuspigen scheint, so wird in unseren Informationen versichert, daß Deutschland im eigenen Interesse einem Kompromiß zustrebe und vor äußersten Maßnahmen zurückschrecke. Nach diesen Berichten soll sich Botschafter Abet, der übrigens mit
einer Französin verheiratet ist, durchaus für eine Berständigung einsetzen; in Bichy
seien aber starke amerikanische Einslüsse bemerkbar und vor allem hätten die Deportationen aus Französisch-Lothringen dort sehr verstimmt. Eine Besetung der heute noch unbesetzen Teile Frankreichs wird von unseren Insormatoren als unwahrscheinlich bezeichnet, weil man auf deutscher Seite
glaubt annehmen zu müssen, daß eine solche Maßnahme das Ausweich en der
Regierung Pétain nach Nordafrika und damit, auch bezüglich der
Flotte, gerade jene Lage zur Folge hätte, wie sie im Juni 1940 de Gaulle, Mandel
und ihre Gesinnungsgenossen herbeizusühren gedachten.

Bürich, ben 4. Februar 1941.

Jann v. Sprecher.

## Schweizerische Umschau.

Eine welsche Zeitschrift: "Le Mois Suisse". / Fragen und Sorgen des Gewerbestandes. / S. B. B. in floribus.

Mit ihren literarischen Zeitschriften haben unsere Belichen tein Glück; die angesehene Publikation "La Semaine littéraire" ist schon vor vielen Sahren eingegangen. Um fo achtenswerter will es uns icheinen, wenn fie trotbem ben Mut nicht finten laffen und wieder neue Unftrengungen auf biefem Gebiete machen. So ift vor bald zwei Jahren - im April 1939 - die erste Nummer bes "Le Mois Suisse" herausgekommen, einer Zeitschrift, die sich im Unteritel als "Littéraire — Artistique — Politique — Economique — Scientifique" charakterisiert, und deren Saltung wir seither aufmerksam verfolgt haben. Es entging uns dabei auch nicht die bezeichnende Wendung, welche sich letten November mit der Annahme des weiteren Untertitels "Revue nationale et européenne" vollzog. "Le Mois Suisse" wollte sich damit offenbar unter Beibehaltung bes ichweizerischenationalen Rahmens gewissermaßen auch einfügen in die Gedankenwelt, welche zur Zeit Europa beherrscht. Oder die Zeitschrift will noch mehr: bom schweizerischen Boben aus will sie Trägerin und Berfünderin einer neuen europäischen Gesinnung sein. Unter ber Schriftleitung von Philippe Amiguet find bereits 22 ihrer farbenfrohen, handlichen hefte ericienen, die nun jufammen mit den beiden anderen Publikationen "Vie (Art et Cité)" und "Formes et Couleurs" das welsche Beistesleben reprä= fentieren.

Gegenüber ber jetigen Zielsetzung ergibt die ursprüngliche, wie sie in Heft Nr. 10 festgelegt ist, eine gewisse Differenz: sie war enger. Damals hieß es: "Notre terre est petite, sa position géographique dangereuse, or précisément, pour cela, nous devons nous serrer les coudes, former une seule et belle équipe d'écrivains et de patriotes. Car le rôle des notre revue n'est point de séparer, mais bien de rassembler et d'unir. Nous voulons tous travailler pour la gloire d'une Suisse qui n'est ni française, ni allemande, ni italienne, mais la Suisse du ler août 1291". Wer hielte es bei dieser rein schweizerisch-nationalen Zielsetzung nicht für begreislich, daß auch die Stistung "Pro Helvetia" dem "Le Mois Suisse" unterstützend beizuspringen bereit war! Erst der letzte Herbst (Heft 19) brachte dann zu der nationalen hinzu noch die Ein stellung auf die "europäische" Gesinnung. Gleichsam durch einen Triumphbogen hindurch trat die Zeitschrift auf den neuen Plan: dieser Triumph-

bogen war ein Aufsehen erregender Aufsatz mit dem Titel "l'Europe de demain", beffen Berfaffer — fein Name foll B. Gentizon heißen — mit drei Sternen zeichnete. Im Wesentlichen zitieren wir daraus folgende schwerwiegenden Säte zu Gunsten ber von Deutschland und Italien gebilbeten Achse: . . . "il est bien qu'il y ait à cette heure-ci une autorité s'étendant sur toute l'Europe . . . Autre avantage: l'autorité de l'axe est une autorité européenne . . . Actuellement . . . les interêts de l'Italie et de l'Allemagne sont strictement ceux de notre continent . . . Cette autorité . . . est représentée en haut lieu par des hommes qui peuvent trancher les grandes problèmes de notre continent en dehors de toute influence parlementaire, financière, cosmopolite . . . La création d'une nouvelle Europe doit être avant tout un fait spirituel . . . Il s'agit pour les peuples européens de s'insérer spontanément dans l'ordre qui s'annonce. A l'œuvre . . . " Wohl unter bem Eindrucke ber begonnenen Busammenarbeit Frankreichs und Deutschlands hat sich "Le Mois Suisse" mit biefem Auffate gang für die Borherrichaft ber Achje in Europa ausgesprochen Wiewohl der Schweizer Bürger sich ohne Weiteres dessen bewußt ist, daß er sich ben Beichiden Europas nicht entziehen fann, verftößt doch eine folche Tenbeng, fich einer Macht zu unterwerfen, gleichermaßen gegen ben gefunden Billen zur nationalen Selbständigteit wie gegen den Grundsat ber Reutralität. Gleich in dem folgenden Befte ist denn auch von anderer Seite bargetan werden, daß sich die europäische Solidarität auch anders äußern könne als in ber Stellung unter eine Bormacht.

Von Anfang an — damals tauchte der Name Gonzague de Reynold noch häusig an der Spize von Artikeln auf — spielte in der Zeitschrift die Politik der auswärtigen Staaten eine große Rolle. In großen Strichen gezeichnet, ergibt sich aus den zahlreichen Betrachtungen etwa folgendes Bild: Der Rampf gegen den Bolschewismus ist ein wichtiges Anliegen, das immerhin in jüngster Zeit etwas abgeslaut ist. In erleuchteter Sicht wurde seinerzeit schon das Zusammengehen Hitlers mit Stalin vorausgesehen. Für die Lage in Deutschland hat die Zeitschrift anfänglich wenig, später viel Verständnis ausgebracht, desgleichen für diesenige in Italien. Frankreich wurde zunächst politisch nicht sehr ernst geznommen und nach seinem Zusammenbruch nur noch schwach gewürdigt. Gegenüber England läßt sich eine entschiedene Abneigung herausmerken; als nichtkontinentale Macht soll es die Hände von Europa fernhalten. Ein großer Artikel des bereits genannten \*\*\*-Bersasser behandelte z. B. "Le drame de l'Angleterre".

Nach diesen querschnittlichen Betrachtungen bleibt es uns noch übrig, auf die innenpolitische und kulturpolitische haltung bes "Le Mois Suisse" einzugehen. Etwa vor Jahresfrist wollte ich die Publikation als demokras tisch, antibolichewistisch und antinationalsozialistisch bezeichnen. Beute bürfte man diese Charakterisierung wohl nicht mehr voll gelten lassen. Es sind starke Tenbengen borhanden, auch unseren Staat totalitär und autoritär auszugestalten. Die Zeitschrift "Le Mois Suisse" hat 3. B. auch einen Artikel abgedruckt, ber Bundespräsident Bilet-Bolag megen seiner Unterredung mit Jakob Schaffner in Schutz nahm. Sind allerdings gewissen Bestrebungen nach größerer staatlicher Festigkeit und Gemeinschaft die Gründe nicht abzusprechen, so gehen wir natürlich mit einem aufgeschlossenen Föderalismus, wie er bertreten wird, durchaus einig. Kulturpolitisch ist hervorzuheben, daß "Le Mois Suisse" für eine christliche, volkseigene und volksnahe, wiffenschaftlich haltbare Rultur eintritt. Innerhalb des Christentums neigt bas Bunglein an ber Baage babei mehr auf Seiten bes Ratholizismus, obichon auch ber positive Protestantismus Burdigung findet. Bom St. Gotthardgebirge heißt es 3. B.: "Mais, dans ce massif où quatre vallées ont creusé une croix, on ne peut être que chrétien, catholique." Beitweilig erscheinen ansprechende Rulturbilber aus ben verschiedenen eidgenössischen Ständen, wobei immer auf die hifto= rischen Burgeln hingewiesen wird. Im Gebiete ber Runft endlich gibt die Schrift=

leitung offenbar der klaren künstlerischen Leistung den Borzug gegenüber dem Entsarteten; beispielsweise lasen wir einmal einen anerkennenden Aufsat über gute Leistungen der neuen deutschen Kunst, während wir ein anderes Mal mit Gesnugtuung gewisse von der Stadt Basel erworbene entartete Kunst gebrandmarkt fanden.

So wenig sympathisch uns hiernach gewisse Eigenarten bes "Le Mois Suisse" — namentlich neuere — sind, so wenig können wir uns jedoch verhehlen, daß in dieser Zeitschrift bedeutende Gedanken gehegt werden.

\* \*

Es unterliegt keinem Zweisel, daß der Gewerbestand die staat liche Hilfe bilber weit weniger in Anspruch genommen hat als die Industrie und die Landwirtschaft. Das mag davon herrühren, daß im Großen und Ganzen doch für das Gewerbe immer noch recht ordentliche Existenzbedingungen bestanden, aber ganz unzweiselhaft ist es auch der Tatsache zuzuschreiben, daß im Gewerbe der Wille zur Selbständigteit, der Wille, seines eigenen Glückes Schmied zu sein, und die Abneigung gegen die staatliche Einmischung sest verwurzelt sind. Wir zögern daher nicht, diese Haltung als vorbildlich hinzustellen. Ein Staat ist um so sester gegründet, je mehr er sich auf selbständige Männer baut, und er ist um so schwächer, je mehr Existenzen sich von ihm in irgend einer Weise aushalten lassen.

Die vorbilbliche Haltung des Gewerbestandes schließt nicht aus, daß auch er feine Fragen und Sorgen hat. Bis zum Rriegsbeginn fonzentrierte fich seine Aufmerksamkeit auf die in Beratung stehenden neuen Birtschafts-artikel der Bundesversassung; es handelte sich um den Bersuch, nochmals auf liberalem Boden die Verhältnisse von Sandwerf und Gewerbe zu regeln. Indessen wurde mit der Generalmobilisation, wie sich der Ründer neuer gewerbepolitischer Gedanken, Dr. E. Underegg in St. Gallen in ber "R. 3. 3." ausbrudte (Rr. 1097/ 1940), ,nicht nur die Distuffion abgeschnitten, fondern der Lauf der Beltereignisse ließ es Boche für Boche deutlicher ertennen, bag bie geiftigen Grunblagen, welche den neuen Wirtschaftsartikeln zugrunde gelegen haben, ihren Wert und ihre Bedeutung verloren." Bemerkenswert ift denn auch, wie heute von diefer führenben Seite - anftatt von Gewerbefreiheit und Konfurrengkampf - geredet wird von Betriebsgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft und Berufsgemeinschaft, womit offenbar die fünftigen Lebensverhältniffe bes Bewerbestandes in wirtschaftlicher, sozialer und tultureller Beziehung neu umschrieben werden sollen. (Bgl. auch die Schrift von Dr. Anderegg: "Schweizerische Gewerbepolitit auf neuer Grundlage", erichienen bei Fehr in St. Gallen.) Angesichts diefer neuen Strebungen ist es allerdings fein Bunder, wenn die "Schweizerische Gewerbe-Beitung" — wie eine längere Durchsicht ergibt — unter der Agide der alten Gewerblergarbe (Tichumi, Schirmer) noch nicht mit vollen Sprüngen mitgaloppiert, sondern den neuen Gedanken eher fühl und unschlüssig gegenübersteht. Tropdem beuten aber alle Anzeichen barauf hin, daß der Gewerbestand auf dem Bege ift, sich forporativ zu entwickeln.

In die Richtung auf das Korporationen wesen weist z. B. die "Prisvate Gewerbehilse", welche in der Ostschweiz angebahnt wurde; durch gegenseitige Hilse im Sinne Pestalozzianischer "Menschlichkeit" sollen dabei zwei Ziele erreicht werden: "Die Erstarkung des Einzelnen an Leib, Seele und Geist und die objektive Sicherstellung des gewerblichen Wirtschaftsversahrens". Genauer besehen ist es einsach die christliche Berussethich, die sich Bahn brechen will. Anderswärts drückt sich die Schicksalsgemeinschaft der Gewerbetreibenden in der Grünsdung von Bürgschaftss und Treuhandgenossenschaften aus; durch gemeinschaftlichen Beistand soll den bedrängten Berussgenossen Hilse gebracht werden. Man denkt auch ernstlich an einen großzügigen Austausch von jungen Leuten (stagiaires) zur

Ausbildung in Beruf und Sprache innerhalb der Schweiz ("Schw. Gewerbe-Zeitung" Rr. 44/1940). Ferner wird die Sanierung der ungesunden Konkurreng zwischen großen und fleinen Betrieben gesucht durch die Berbindung aller Geschäfte einer Branche, wobei es die Meinung hat, daß diese Branche bann felber die internen Berhältnisse ordne ("R. 2. 3." Rr. 1316/1940). Eine solche Ordnung läßt sich jedoch nur durchführen, wenn der einzelne Branchenangehörige gemiffermaßen in die Bucht bes Branchenverbandes genommen wird. Dazu gehört der 3 mang, allgemein menschliche und berufliche Anforderungen zu erfüllen. Mit der Borschrift des Meiftertitels ift bereits feit einigen Jahren bie "ichmale Pforte" geschaffen, durch bie nun alle Inhaber von Gewerbebetrieben hindurch muffen. Nur ichabe, daß die Berufsverbande das Prufungswesen samt und sonders dem Staate (Bunde) ausgeliefert haben, obschon es eine Zierde ihrer Tätigfeit gebildet hatte! Aber faum haben fich die Meisterprüfungen eingelebt, ba erwacht ichon ber Bunich nach einem weiteren Schritte, nach ber Ginführung von Meisterregistern (N. 3. 3. Nr. 1240/1940). In diese Register sollen alle bie Meifter eingetragen werden, bie bei Arbeitsvergebung der öffentlichen Sand berücksichtigt werben und Lehrlinge halten durfen. Damit foll die Abergahl ber Gewerbetreibenden beschränkt werden. Schon stehen wir also vor bem Numerus clausus im Gewerbewesen. Ich glaube aber, daß wir beim Meistertitel Halt machen und die Meisterregister ablehnen sollten, weil sie wahrscheinlich auf eine Unterbrudung vieler lebensfähiger Existenzen hinausliefen. Der Beweggrund für bas Unstreben eines Meisterregisters liegt natürlich zum großen Teil in einigen Dißständen des öffentlichen Submissionswesens, die der Präsident des Schweiz. Baumeisterverbandes, Dr. Cagianut in ber "Gewerbe-Zeitung" (Rr. 1 ff. 1940) wie folgt ichildert: "Beute ift leider der Ginflug der billigften Offerte auf die vergebende Stelle noch übermächtig; man beurteilt vielfach die Preise ftart gefühlsmäßig ober mit Zuhilfenahme von unbrauchbarem Bergleichsmaterial, anstatt sich frei zu machen bon dieser falichen Grundeinstellung und die Prüfung nach unvoreingenommener, analytischer Methode durchzuführen." Das mag stimmen. Tropdem bringt die Einführung eines Meisterregisters Gefahren mit sich, die seine Borzüge weit in den Hintergrund treten laffen: die Gefahr, daß sich eine abgeschlossene Berufskafte bildet, und die Gefahr, dag der Staat - mit Rollektivofferten - objektiv übervorteilt wird. Frren ist ja auch hier sehr menschlich, und die Berechnungsstellen der Berufsverbande, die in den Submiffionsapparat eingeschaltet werden sollen, find bor Frrtumern trop Zuerkennung allen guten Willens nicht gefeit.

So stehen wir also heute vor einer Um wälzung im Gewerbewefen. War bisher unter der liberalen Wirtschaftsordnung der Berufsverband prinzipiell bloß ein Mittel zur Beförderung der Interessen des Einzelnen, so ist er heute im Begrifse, eine Lebens und Dienstgemeinschaft im Volke und für das Volk zu werden. Es gilt für den Berufsverband zu entscheiden, ob sich der Einzelne sreiswillig in die höheren Zwecke einsügen oder sich gezwungenermaßen der Zwangssewalt aussehen will. Ganz richtig hat es Direktor Dr. Willi im Namen der Bundesbehörden letzen Herbst an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerbeverbandes ausgesprochen: "Wenn wir der staatlichen Diktatur in der Wirtsschaft entgehen wollen, muß die verantwortungsbewußte Mitarbeit jedes Einzelnen in den Vordergrund treten, und sie kann sich nur in den Verbänden entwickeln und verwirklichen".

\* \*

"Von Zeit zu Zeit seh' ich den Alten gern" möchte man mit Mephistopheles sagen, wenn man gelegentlich wieder einmal dem Sanierungsproblem der Schweizerischen Bundesbahnen begegnet. Einem jung geblies benen Greise vergleichbar, taucht diese Frage immer wieder auf, und sie ist kaum umzubringen. Es war im Märzheft des Jahres 1938, als ich an dieser Stelle

bas lette Mal barauf zu schreiben tam. Damals hatte eben ber Nationalrat bas ihm zwei Jahre zuvor vom Bundesrate vorgelegte Bunbesbahngefet burchberaten mit bem Erfolge, daß die eigene Rechtsperfonlichteit der SBB verworfen, bie Zuweisung der Besolbungsordnung für die Bundesbahner an den Bundesrat (anstatt an die Bundesversammlung) abgelehnt und das Defizit der Pensions- und Bulfstaffe bem Bunde übertragen murben. Befanntlich hat bann ja bas Schweizerbolt die Sanierung der Penfionstaffe, jene fog. "Berständigungsvorlage", am 3. Dezember 1939 mit großer Mehrheit migbilligt. Beder in ber allgemeinen rechtlichen noch in ber finanziellen Sanierung ift seither etwas weiteres gegangen. Man wird baran mit Recht den außerorbentlichen Rriegsverhältnissen bie Schulb geben. Das stimmt jedoch nur zum Teil. Zum anderen Teil liegt das Ruhen der Sache in ber Materie begründet. Rach und nach ist beim Schreibenden bie überzeugung reif geworden, bag eine Sanierung ber Bunbesbahnen entweder gar nicht ober bann nur burch eine Urt rudfichtslosen Gewaltstreich zu Stande tomme. Unter den heutigen parlamentarischen Berhältnissen burfte eher ber Bund in äußerste finanzielle Bedrängnis geraten, als bag bie Barteien fich zu einer angemeffenen, haltbaren Lösung, die dem Bolte nicht übermäßige Laften aufburdet, gusammenfinden. Derzeit hört man allerdings gerade bavon, daß die im Jahre 1938 ftedengebliebenen Beratungen bom Ständerat wieder aufgenommen werden follen.

Man braucht nun kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß die Reorganisation mahrend der jetigen hoch konjunktur, welche die SBB bank bem Mangel an Motortreibstoffen erleben, keine Gile habe. Diese Sochkonjunktur, die Unsicherheit der Zeitläufe, die Unübersichtlichkeit der Kinanzverhältnisse und die Scheu, das Bundespersonal irgendwie vor ben Ropf zu stoßen, werden das ihrige dazu beitragen, daß man nicht mit der Tür ins Haus hinein fährt. Tatsächlich kommen unsere Bundesbahnen von zwei guten Geschäftsjahren her. Das Jahr 1939 nämlich brachte in der Betriebsrechnung bei 361,2 Millionen Einnahmen und 223,9 Millionen Ausgaben einen überschuß von nicht weniger als 137,3 Millionen, so daß sogar die Gewinn- und Berlustrechnung wieder einmal mit einem Gewinn von 7,5 Millionen prunken konnte. Wie nun die lettjährige Rechnung ausfällt, wissen wir noch nicht, aber auch sie durfte ebenfalls ein ansehnliches Ergebnis aufweisen, wenn icon ein Defizit von 26,6 Millionen vorangeschlagen wurde. Die haupteinnahmen fließen dabei nicht etwa aus dem Personenverkehr, sondern aus dem Güterverkehr, der heute ja fast gänglich auf den Schienenweg angewiesen ist. Die optimistische Stimmung, die sich deshalb wieder obenauf geschwungen hat, äußert sich 3. B. in bem Budget für das Jahre 1941. Die "Schweiz. Sandels-Zeitung" stellt ihren Rommentar dazu denn auch begründeterweise unter den Titel "Sanieren, nicht frisieren!"

Ja, die Sanierung der SBB erheischt nach wie vor alle Aufmerksam= teit. über turg oder lang wird wieder ber alte Zustand eintreten, daß sich ber Berkehr zu einem großen Teile auf der Straße abspielt. Gleichzeitig dürfte dann auch ber Bund am Ende feiner Rrafte fein. Wenn jest aber anftatt ber Sanierung immer wieder Defizit auf Defizit gehäuft wird, gerat ber Bund in eine immer heiklere Lage. Dabei ist die Sanierung der Bahnen eine Aufgabe, die der Sa= nierung der übrigen Bundesfinanzen vorausgehen muß, weil bon ihrer Durchführung die übrigen Magnahmen abhängen. Go wie man sich bie Sanierung heute bentt, bestände fie barin, bag ber Bund ben SBB einen Großteil ihrer Schulbenlaft befinitiv abnahme und ihnen überdies ein variabel, je nach bem Betriebsergebnis verzinsliches Dotationskapital überließe. Dazu hat Generaldirektor Dr. Meile in seiner jungsten Zurcher Rede über "Die Dynamik ber Schweizerischen Bundesbahnen" erklärt: "Es ift unsere Pflicht, dem Bolf in aller Offentlichkeit zu fagen, daß ber Staat und mit ihm ber Steuerzahler Opfer für bie Sanierung ber Bundesbahnen wird bringen muffen. Diese Opfer maren zu einem größeren Teil vermeibbar, wenn die SBB von der Pflicht entbunden

würden, im Dienst der ganzen Bolkswirtschaft zu wirken. Eine Bahn und gar eine Staatsbahn wird jedoch nie den reinen Renditenstandpunkt einnehmen dürsen; es muß also bei der angedeuteten Lösung bleiben." So richtig es nun sein wird, daß eine Bahn immer auf die Mithilse der öffentlichen Hand angewiesen ist, so fragt man sich doch, welche Opfer im obigen Sinne vermeidbar wären und ob nicht eine Sanierung getroffen werden könnte, die auch das Personal an den besseren oder schlechteren Betriedsergebnissen teilnehmen ließe, etwa so wie der Bauer und der Kausmann und der Fabrikarbeiter gute und schlechte Zeiten durcheinander in Kaus nehmen müssen.

Der geschilberte Sanierungsplan beruht auf der Voraussetzung, daß die SBB eigentlich nicht krank seien. Das hörte man schon im Jahre 1938, und man hörte es kürzlich wieder von Generaldirektor Meile: "Der Betrieb der Buns des bahnen ist gesund; noch nie haben sie mit einem Überschuß der Bestriebsausgaben abgeschlossen... 1938 war der Betriebskoefsizient, das heißt das Verhältnis der Betriebsausgaben zu den Betriebseinnahmen, mit 71 der günsstigste von allen wichtigeren Bahnen Europas..." Aber die Bundesbahnen seien zu stark mit Kapital, besonders sestverzinslichem Obligationenkapital, besastet. Zu dieser Gesunderklärung läßt sich immerhin bemerken, daß sie einerseits auf sehr hohen Tarisen beruht und andererseits, daß die Betriebsrechnungen durch die Kaspitalauswendungen zu Lasten der Gewinns und Verlustrechnung je und je stark entlastet wurden.

Bülach, am 31. Januar 1941.

Balter Sildebrandt.

## Kultur-und Zeitfragen

### Erinnerungen an Prof. Gagliardi.

Bu feinem Todestag — 22. Januar 1940.

Nun ruht dieser Meister unserer Geschichsschreibung schon ein ganzes Jahr in der stillen Granitlandschaft ennetbirgischer Heimat. Er braucht nicht weiter Kenntnis zu nehmen vom Zerstörungssieber, das sein geliebtes Europa schüttelt. Oft genug hat vormals den Lebenden die Bision von den "Scheußlichkeiten" moderner Bernichtungstechnik bedrückt. — Es ist nicht so einsach, die rechte Sammslung zu sinden für die Erinnerung an den toten Lehrer. Bielleicht müßte man auf dem kleinen Dorffriedhof von Prato stehen und die Abgeklärtheit jener ans spruchslosen Welt auf sich wirken lassen.

Meine ersten Erinnerungen an Prof. Gagliardi fallen in die Schulzeit. Ich erwähne es deshalb, weil mit mir all die vielen Zürcher Ghmnasiasten der zwanziger Jahre den bekannten Historiker gesehen haben, wenn er im dunkelblauen Anzug zu den Prüfungslektionen der Lehramtskandidaten erschien, vornehm, süblich dunkel, den rundkräftigen Kopf tadellos gebürstet. — Später sah ich den Professor im Hörsaal wieder, wie er an Hand unscheinbarer Stichwortblätter sprach. Den Anfängern wurde es nicht immer leicht, zu solgen. Erst allmählich wuchs das Berständnis für die Tiesen des Bortrages. Erstaunlich wirkte die abgeklärte, leidenschaftslose Art der Betrachtung. Dabei war Gagliardi ein Mann von ausgessprochenen Sympathien und Antipathien. In privaten Gesprächen konnte das beutlich zum Ausdruck kommen. Die Borlesungen Gagliardis brachten dem Hörer immer wieder zum Bewußtsein, daß alles seine zwei Seiten hat und daß man sich